

Therwil ringt um Schulcampus – Kritikern fehlt die demokratische Legitimation

Zank um 33-Millionen-Projekt Die Gemeindeversammlung stellt sich hinter den Neubau. Die Gegner wollen das Referendum ergreifen.

Geht es um den Bau von Schulhäusern, sitzt das Geld im Baselbiet besonders locker. Weil die Bevölkerung seit Jahrzehnten wächst – und damit oft auch die Anzahl der Schüler –, haben verschiedene Gemeinden in jüngster Vergangenheit diverse Grossprojekte lanciert, um ihr Bildungsangebot auszuweiten. Günstig sind die Unterfangen nie, im Gegenteil: Wer die Weichen für eine Schulhausenerweiterung stellt, muss in der Regel beachtliche Millionenbeträge in die Hand nehmen.

Das ist auch in Therwil der Fall. Die Leimentaler Ortschaft plant im grossen Stil. Gleich zehn Gebäude sollen Teil der Erneuerung und Erweiterung des Schulstandortes Mühleboden werden – Kostenpunkt: rund 33 Millionen Franken. Mitte Dezember hat die

Gemeindeversammlung der Projektierung deutlich zugestimmt. An der Veranstaltung in der gemeindeeigenen Mehrzweckhalle blieben die kritischen Stimmen in der Minderheit.

Doch die Gegner geben sich nicht geschlagen. In diesen Tagen haben sie begonnen, Unterschriften für ein Referendum zu sammeln. Dabei bemängeln sie nicht die Idee eines neuen Schulhauses per se, sondern hinterfragen insbesondere die Dimension des geplanten Neubaus. Wie so viele andere Gemeinden hat auch Therwil im kommenden Jahr rote Zahlen budgetiert: ein Minus von 2,2 Millionen Franken. Da fragt man sich: Ist es in diesen finanziell anspruchsvollen Zeiten verantwortungsvoll, einen derartigen Betrag zu sprechen? Ist sich die

Gemeinde wirklich bewusst, was das teure Preisschild für Auswirkungen hat? Und wie soll die drohende Verschuldung aufgefangen werden – mit Steuererhöhungen?

Abstimmung sei notwendig

Thomas Schaad (Mitte), eine der führenden Kräfte des Referendumskomitees, meint, dass sich die gesamte Therwiler Stimmbewölkerung mit diesen Fragen auseinandersetzen soll. Seine Kritik: An der Gemeindeversammlung habe eine Minderheit über eine Mehrheit, über alle Steuerzahler befunden. Ein politischer Entscheid von dieser Bedeutung sei hingegen nur dann tragfähig, «wenn möglichst viele derer, die davon betroffen sind, sich damit auseinandersetzen». Das treffe bei dieser Gemeindever-

sammlung nicht zu. «2 bis 3 Prozent der Stimmberechtigten haben über das Projekt bestimmt», sagt er. Um eine breitere Abstützung zu ermöglichen, brauche es nun eine Volksabstimmung. Laut dem «Birsigtal-Boten» haben rund 200 Leute der 10'000-Seelen-Ortschaft an der Versammlung teilgenommen.

Für die Befürworter des Schulcampus ist hingegen klar: Wer an der Gemeindeversammlung keine Mehrheit zustande bringt, ist selbst schuld, da die Teilnahme allen offensteht.

Dieses Argument kann Schaad zwar nachvollziehen. Dennoch sei es fragwürdig, wenn de facto nur wenige Prozent der Stimmberechtigten über die Geschicke eines Orts entschieden. Zudem sei bewiesen, dass in den Versammlun-

gen ältere Leute und Alteingesessene dominieren würden.

Die Debatte ist bemerkenswert. Und wirft die Frage auf: Ab wann ist ein gefällter Entscheid politisch legitimiert, und ab wann verkommt er zur Illusion? Stösst die direkte Demokratie in solchen Momenten an ihre Grenzen?

Die zuständige Gemeinderätin Claudia Degen (SP) verneint: «Die Gemeindeversammlung ist dafür da, solche Entscheide zu legitimieren. Das haben die Teilnehmer mit grosser Mehrheit getan.» Natürlich stehe es den Kritikern aber zu, sich per Referendum dagegen zu wehren. Für sie sowie den gesamten Gemeinderat steht fest, dass das Schulhaus Mühleboden (Baujahr: 1971) im Ortszentrum stark sanierungsbedürftig ist. Man könne nicht mehr warten,

weil das Gebäude räumlich nicht mehr den heutigen Anforderungen entsprächen.

Mit der Erweiterung soll dem wachsenden Raumbedarf nun Rechnung getragen werden. Ausserdem verspricht sich Degen einen Mehrwert für das ganze Dorf, da rund um die Gebäude viel Wert auf die Aufenthaltsqualität in parkähnlicher Atmosphäre gelegt wird. Der geplante Campus soll mehr als nur ein Schulhausneubau sein.

Dass das zutrifft, streitet auch Schaad nicht ab. Nur eben: Er und seine Mitstreiter – im Referendumskomitee sind Kommunalpolitiker von links bis rechts – sehen im Entscheid der Gemeindeversammlung ein Legitimitätsproblem. Dagegen kämpfen sie an.

Benjamin Wirth